

Er scheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Deter, Industriehalle
Mittelstr. 10
Vorkaufungen
franco gegen Franco.
Gewöhnliche Briefe
224 der Schweiz fallen
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Reueubau)
Fr. 2. — für Deutschland (Gautschi)
Fr. 2. 50 für Österreich (Gautschi)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Reueubau).
Inserate
Die dreizehnpennige Zeile
25 Cts. — 30 Pfg.

Nr. 19.

Sonntag, 9. Mai.

1880.

AVIS AN DIE KORRESPONDENTEN UND ABONNENTEN DES „SOZIALDEMOKRAT“.

Zu der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Verhältnisse sich alle Jahre geben, andere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erkennen, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzugeben, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Aufsichtsmassregel verdammt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu lähmen. Hauptverbotener ist hierzu einzeln, doch unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, das auch und möglichst unbedenkliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich deshalb größter Sicherheit Rekommandation. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Rühr noch Röhren scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Unserm Todten.
Wilhelm Bracke, † 27. April 1880.

Du kämpfst hart im Leben und ums Leben
Und gehst nun aus „der besten aller Welten“;
Doch soll ich Dich im Tod noch darum schelten?
Nein, Klage nur will ich um Dich erheben;

Und mit mir, wen beseelt das gleiche Streben.
Denn als ein Vorbild wirst Du allzeit gelten,
Der Du, bis Dich des Todes Hände fällten,
Dem Feind nicht einen Fusabreit Raum gegeben!

Was Du mitschufest, wird am Leben bleiben,
Was Du mitätest, hoch und höher treiben,
Wenn's jetzt auch rohe Füße niedertreten.

So lasst uns denn am Grab nur also beten:
„Wir, die wir sind des edlen Todten Erben,
„Wir wollen auch so unentwegt einst sterben!“

O. L.

Der Hamburger Wahlsieg

hat auf die Gegner, wie es nicht anders möglich war, und wie wir es voraussagten, geradezu verblüffend gewirkt. Allgemein war ein Sieg der Fortschrittspartei, mindestens in einer Stichwahl, erwartet worden. An einen Erfolg der Sozialdemokratie dachte niemand. Hatte sie doch in Hamburg noch nie, selbst zur Zeit der offenen Agitation, die Mehrheit beiseiten. Und jetzt — jede förmliche Organisation unterdrückt, jede Agitation verboten, nichts von einer Bewegung zu sehen und zu hören. Sprach man doch sogar davon, daß die Sozialdemokraten angesichts der Unmöglichkeit einer Agitation ihren eigenen Kandidaten fallen gelassen und für die Fortschrittspartei eintreten gewollt hätten. Und doch, trotz alledem, siegte die unterschätzte Partei; und wie sie siegte! Auf den ersten Anprall warf sie die beiden Gegner über den Haufen, erzielte bei 3000 Stimmen mehr als beide Gegenkandidaten zusammen und mehrere hundert mehr als vor dem Ausnahmegegesetz! Die Gegner haben gewiß unter dem Sozialistengesetz schon so manche arge Enttäuschung bezüglich der erzielten sozialistenerzielenden Wirksamkeit deselben erlebt. Breslau, Erfurt, Sachsen, Magdeburg, Glauchau-Meerane — alle diese Namen klingen den Herren nicht angenehm; aber sie sind alle durch Hamburg in den Schatten gestellt worden.

Wir wissen, was wir von unserm neuesten Sieg zu halten haben; wissen, welches Recht ihn zu feiern und uns seiner zu freuen, wir haben; wissen aber auch, daß uns ein solcher Erfolg nichts weniger als ein Recht zur einschläfernden Selbstzufriedenheit und tragen Unthätigkeit gibt, vielmehr uns die heilige Pflicht um so eifrigerer und unermüdblicher Thätigkeit zur Ruhbarmachung unserer so erwiesenen Kräfte auferlegt. Aber je weniger wir über den Ausgang der Wahl zu sprechen brauchen, desto interessanter ist es, die Stimmen der Gegner darüber zu hören.

Verdruht, wie aus den Wolken gefallen, waren sie alle ohne Ausnahme, mit am meisten aber Bismarcks Leiborgan, das so aus dem Kontext kam, daß es auf einen Augenblick seine ganze sonstige Verschleiss- und Verdrehungskunst vergaß. Während es sonst die Wirksamkeit des Ausnahmegesetzes gar nicht genug zu rühmen und von dem Rückgang der Sozialdemokratie zu erzählen weiß, nannte es den Wahlsieg offen „einen mit geradezu erschreckender Majorität errungenen“ und klagte, daß die sozialistischen Doktrinen „in fabelhaft rapidem Fortschreiten die unteren Bevölkerungsschichten der Stadt vollständig erfüllt zu haben scheinen“. Freilich trat die angeborene Lug- und Trug-Natur nach dem ersten Schreck alsbald wieder in ihre Rechte, und dasselbe Blatt, das eben noch seinen „Schrecken“ eingestanden, fand nun, indem es den Liberalismus für das „Emporschleichen der sozialistischen Sumpfpflanze auf dem von jenem bearbeiteten Boden“ verantwortlich machte, mit der Aufrichtigkeit des die sauren Trauben verabscheuenden Fuchses, daß es „konservativen Blättern doch nur zur Genugthuung gereichen könne, wenn die Früchte des Liberalismus irgendwo in so unzweideutiger Form zur Reife gelangen, daß die Nothwendigkeit einer Umkehr dadurch von selbst geboten wird“. Und weiter wußte es entgegen seiner und aller Welt erster Ueberraschung zu erzählen, „daß in Hamburg schon vierzehn Tage vor der Wahl die Meinung verbreitet war, der Sozialist werde gewählt werden“. Trotz dieser Schwundheiten mußte das Organ indessen noch vor wenigen Tagen folgendes für einen Offiziösen immerhin bemerkenswerthe Geständnis machen: „Die neuliche Erfahrung hat das nicht erwartete Resultat

eines für die Sozialdemokratie glänzenden Sieges gehabt. Der Wahl war während mehrerer Wochen eine so lebhaft agitative durch Verhandlungen, Reden, Flugblätter, Zeitungsartikel u. v. d. m. vorgegangen, wie sie hier kaum in höherem Grade stattgefunden haben soll. Nur die Sozialdemokratie wirkte im Stillen...“

Selbstverständlich machte sich, sobald die erste Ueberraschung vorbei war, das Bedürfnis nach Erklärung der Ursachen des Unerwarteten geltend, und es fehlte denn auch an den verschiedensten Meinungen hierüber in der Presse keineswegs. Ein Hamburger Blatt, die „Reform“, ließ sich darüber also vernehmen: „In erster Linie den Sozialdemokraten zu Statten gekommen sind die polizeilichen Maßregelungen der jüngsten Zeit, welche jener Partei sicherlich mehr Nutzen gebracht haben, als eine Legion Agitatoren. „Zwang erbittert die Schwärmer nur, befehrt sie nimmer“; dieses Schiller'sche Wort hat sich auch hier bewahrheitet. Das Verbot der Versammlungen, die Verhaftung des Wahlkomites, die Beschlagnahme der Wahlaufsätze — alles das trug dazu bei, das unter der Asche glimmende Feuer zu entfachen. Man vergesse nicht, daß schon seit Jahr und Tag das Sozialistengesetz die Sozialdemokraten mundtot machte; Versammlungen, Presse, Vereine, Alles war ihnen genommen — die einzige Möglichkeit, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben, bot sich ihnen an Wahltagen, und schon vor Wochen haben wir es vorher gesagt: Es wird seitens der Sozialdemokratie mit Fanatismus agitiert werden. Da gossen noch die bedauerlichen (?) Polizeimaßregeln Öl in die Flamme und sie loderten um so mächtiger empor. Dasselbe, was man in Breslau, Magdeburg und andern deutschen Städten erlebt hat, wiederholte sich hier in verstärktem Maße. Die Reichstagswahl am 27. April im zweiten hamburgischen Wahlkreise ist eine treffende Illustration der wahren Wirkung des Sozialistengesetzes, welches, wie seiner Zeit von einsichtsvollen Männern im Reichstage vorausgesagt ward, die Zahl der Anhänger des Sozialismus vermehrt, nicht vermindert“. Nachdem das Blatt sodann erwähnt, daß mit solcher Begeisterung und Aufwand so bedeutender Geldmittel für die beiden gegnerischen Kandidaten gearbeitet worden war, daß man eine größere Wahlbetheiligung als vor zwei Jahren erwartete, fährt es fort: „Auf die keiner Partei Angehörigen wirkte die Wahrnehmung, daß den Sozialdemokraten Unrecht geschehen sei, daß der Versuch gemacht worden war, sie zu verzwängen und ihnen das Stimmrecht zu schmälern, ganz außerordentlich; im großen Publikum werden sich immer zahlreichere Individuen bereiten finden, sich des anscheinend Unterdrückten anzunehmen. Dazu kam noch das Gefühl, daß man in Hartmann doch gewiß Jemanden nach Berlin sende, welcher sich all und jeden Maßnahmen der Reichsregierung widersetzen werde.“

Die Berliner „Volkzeitung“ schreibt: „All die Redner und all die Organe der Presse, die mit so viel Emphase bei den Beratungen über die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf die schönen Wirkungen des Ausnahmegesetzes, insbesondere auf den Ausfall der Nachwahl im zweiten Berliner Reichstagswahlbezirk gestützt, hingewiesen haben, hat die Wahl in Hamburg aufs neue ad absurdum geführt. Auf den Rückgang der Stimmenzahl in Berlin, der vollständig genügend durch die Wirkungen des Belagerungszustandes erklärt wird, hat die Sozialdemokratie mit einem Stimmenzuwachs in Hamburg geantwortet, welcher genügt, um die beiden Gegner im ersten Wahlgang aus dem Felde zu schlagen. Hamburg wird zum ersten Male von einem Sozialdemokraten im Reichstage vertreten sein; wiederum ist eine der zahlreichen sozialdemokratischen Minoritäten zur Majorität angeschwollen, genau wie seiner Zeit in Berlin im vierten und sechsten Wahlkreise. In Breslau, Glauchau-Meerane, Magdeburg schließt sich Hamburg, dem allein das unter der Herrschaft des kleinen Belagerungszustandes stehende Berlin mit einem sozialdemokratischen Mißerfolge gegenübersteht. Die Folgerung, welche die Freunde der Ausnahmegegesetzgebung ziehen müßten, wäre darnach, daß der kleine Belagerungszustand über ganz Deutschland zu verhängen wäre. Das ist das Endziel, zu dem uns die Bismarck'sche Politik hinführt... Mit dem Hamburger Mandat hat die Sozialdemokratie den zehnten Sitz im Reichstag erobert; es fehlen ihr nunmehr nur noch drei an der höchsten Zahl, die sie bei freier Entfaltung ihrer Agitation bisher zu erreichen vermocht hatte. Ueberall, wo sie sich infolge des Todes von Abgeordneten ihrer Partei einer Nachwahl hat unterziehen müssen, hat sie die Probe bestanden; ja es ist ihr nunmehr sogar gelungen, unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes einen neuen Sitz zu erobern und zwar einen Sitz, der nicht der sogenannten „Vorfrucht“ der Sozialdemokratie, der Fortschrittspartei gehörte, sondern den sie direkt aus den warmen Händen des Nationalliberalismus in Empfang genommen hat. Die Zahl der sozialdemokratischen Mandate wuchs in langsamem, aber stetigem Wachstum be-

griffen. Bei der Wahl im Jahre 1877 bezifferte sie sich auf 10,658, im Jahre 1878 auf 12,505, bei der jüngsten Wahl auf 13,155. Man sieht: langsam, aber sicher, trotz Ausnahmegegesetz und all der Verzögerungen bei der letzten Wahl, die vielleicht nur dazu beigetragen haben, der sozialistischen Partei Anhänger zuzuführen.“

Daß man auch im konservativen Lager für gewisse Zeichen der Zeit nicht ganz blind ist, beweist ein Artikel in der „Deutschen Reichspost“: „Der auf's äußerste beengten, jeder freien Bewegung, schließlich sogar ihrer Agitationsrechte beraubten Partei ist gelungen, was der mit gleichen Waffen kämpfenden in der zweiten Stadt des Reiches niemals hat glücken wollen. Bedarf es da noch des Beweises, daß die Sozialdemokratie im Vordringen, nicht im Rückgange begriffen ist? Mit dem Mißerfolge, den sie am 14. April in Berlin zu verzeichnen hatte, wird man hoffentlich nun nicht mehr Parabe zu machen versuchen. Niemand kann ferner bezweifeln, daß der Grund dieses Mißerfolges ein rein äußerlicher der „keine Belagerungszustand“ — gewesen ist; die Gefahr der Ausweisung, wie sie über dem Haupte jedes Zeitelvertheilers schwebte, hat die Kraft der Agitation an der Spree gelähmt, wie sie sie überall und unter allen Umständen lähmen müßte; eine andere Moral wird kein halbwegs Unparteiischer aus dem Wahlergebnis ziehen können, es sei denn die wenig erfreuliche, daß 3000 sozialdemokratische Stimmen nach Lage der Dinge in Berlin einen relativen Erfolg der Umsturzpartei bedeuten, in keinem Fall aber das Gegentheil. Der Schreck ist groß im Lager derjenigen, die mit der Verlängerung des Sozialistengesetzes alles Nützliche für die Sicherung ihrer „theuersten Interessen“ gehen zu haben glaubten. Aber um das Gegenmittel wird man, wenn nicht alles trägt, nicht lange in Verlegenheit sein. Was nach den „angenehmen“ Eindrücken des 14. April nur gerüchelt wurde, wird nun — auf Ausdehnung des „keinen Belagerungszustandes“ auf sämtlicher größerer Städte des Reiches — nun wird es höchstwahrscheinlich als das Kolumbusel der Gegenwart gepriesen und — begriffen werden. Warum auch nicht? Ein Schein macht's besser als er kann... Der kleine Belagerungszustand also! Sollte das der Sauerbäring sein, welcher der Nation über den Kagenhammer des Tabakmonopols, der Wehrsteuer, der Brausteuer, der Duitungssteuer und wie sie sonst noch heißen, die Steuern alle, die unzählbar und ungezählt die reale Frucht der wirtschaftspolitischen Statuen von 1879 darzustellen scheinen — hinwegzuheben bestimmt ist? Wir haben nichts dawider. „Reif sein ist Alles“ — sagt der Dichter. Wenn wir aber auch den kleinen Belagerungszustand bekommen, dann dürften wir so ziemlich „reif“ sein für den Stand der Dinge, welcher in jener denkwürdigen Berliner Wahlversammlung vom 3. d. M. vordringend geschildert wurde und der sich, wenn es sein muß, auch stillschweigend durch ein Denkmal für den Landrath von Samter symbolisieren läßt.“ — Das konservative Blatt spielt wohl auf jene famose „Wähler“versammlung an, in welcher sich ein Redner unter Beifall dahin aussprach: daß es sich lediglich darum handle, ob der Kandidat dem Reichskanzler genehm sei oder nicht. Für den so charakteristischen Stand der Dinge werden wir allerdings bald reif sein, aber auch noch für anderes, was dem konservativen Schreiber entging oder was er nicht sagen wollte.

Darüber sind alle Denkenden einverstanden, daß die Hamburger Wahl ein glänzender hoffnungreicher Sieg der Sozialdemokratie und ein schlagender Beweis ihrer wachsenden Kraft ist, — für die Sozialistengesetzfabrikanten, die Regierung und alle Feinde der Sozialdemokratie aber eine empfindliche Niederlage und erste Warnung, — die freilich gleich den übrigen unbenutzt bleiben wird, — nicht zu unfrem Nachtheil!

Wo so viele gegnerische Stimmen wider ihren Willen zu Gunsten der Sozialdemokratie zeugen mußten, darf übrigens auch die einzige uns bis jetzt ausgestoßene Stimme, welche sich über den sozialistischen Wahlerfolg durchaus absprechend äußert, nicht übergangen werden. Das betr. Blatt erklärt nämlich die Wahl für werthlos und sagt dann wörtlich: „Diese 13,000 (auf den sozialdemokratischen Kandidaten gefallenen) Stimmen aber für Sozialdemokraten erklären zu wollen, ist einfach lächerlich. Es sind ja nur Kostgänger der „Reichszeitung“, aus welcher selbst der raffinierteste politische Chemiker kein Tröpfchen Sozialismus wird herausfinden können. Die Hamburger Spießbürger wollten einmal eine Abwechslung haben, darum schickten sie an Stelle des Maurers Bauer den Schuhmacher Hartmann nach Berlin. Das ist Alles!“ — Und wer ist es, der so spricht? Es ist nicht ein Bourgeoisblatt, das über den Arbeiterfolg während zu sein und seine Bedeutung wegzuleugnen alle Ursache hat, sondern ein Blatt, welches sich sozialdemokratisch nennt, — dasselbe Blatt, welches jüngst die 3000 trotz des Belagerungszustandes muthig zur Wahlurne schreitenden Berliner Sozialisten als „lauwarmer Philister“ verhöhnte, — es ist die in London erscheinende und von dem gewesenen sozialdemokratischen Abg. Joh. Most redigirte „Freiheit“!! Dem Denkenden genügt das. —

Wir enthalten uns absichtlich einer Beurteilung der mitgetheilten Urtheile und ihrer Bedeutung und Berechtigung. Unsere Genossen werden zu erwägen, die nöthigen Schlussfolgerungen zu ziehen und zu handeln wissen. Daß jeder neue Erfolg, den wir erringen, neue Anfeindung und Verfolgung seitens unserer Feinde hervorrufen muß, ist klar und wir sind darauf gefaßt. Ebenso selbstredend aber ist, daß wir uns dadurch nicht abhalten lassen, immer neue Erfolge, neue Siege vorzubereiten und im Kampfe nicht nachzulassen, bis wir trotz aller Wuth und Gewaltthat unserer Feinde schließlich den letzten glorreichen, gewaltigen Sieg errungen haben werden, der der Macht unserer Feinde ein für allemal den Nacken bricht und aller Verfolgung und Unterdrückung und aller Noth ein Ende bereitet!

Die Gesellschaft des organisirten Massenmordes.

Die Monatschrift „Malthusian“, das Organ des malthusianischen Bundes in London, bringt eine Arbeit des Arztes Dr. R. Drysdale, welche in der ärztlichen Gesellschaft von London zur Verlesung gekommen ist. Dieses „Die Sterblichkeit der Reichen und Armen“ betiteltelte Altentstück enthält Zahlen von großer Bedeutung, weshalb wir das Wesentlichste dieses Artikels hier wiedergeben.

Aus sorgfältigen Untersuchungen geht hervor, daß sich die allgemeine Sterblichkeit in den europäischen Staaten im Laufe der letzten Jahrhunderte (infolge der sanitären u. Verbesserungen) ansehnlich vermindert hat. Im 16. Jahrhundert war die Lebenswahrscheinlichkeit, d. h. die von der Hälfte der geborenen Bevölkerung erreichte Lebensjahre, in Genuß nicht höher als fünf Jahre; die durchschnittliche Lebensdauer betrug also 18 Jahre. Im 18. Jahrhundert hatte sich die Lebenswahrscheinlichkeit bereits auf $7\frac{1}{2}$ Jahre gehoben und betrug die durchschnittliche Lebensdauer $32\frac{1}{2}$ Jahre. Diese Bewegung der Verlängerung der menschlichen Lebensdauer dauerte bis zum heutigen Tage fort. Aber wie werden sehen, wie viel Wesen die mangelhafte Organisation der Gesellschaft trotzdem auch jetzt noch untergehen läßt. Der Verfasser der erwähnten Arbeit zeigt auf jeder Seite, daß die Hauptursache, warum sich die Sterblichkeit nicht weit mehr vermindert, in der Größe der Armut zu suchen, und daß sie allein es ist, welche die zahllosen vorzeitigen Todesfälle verschuldet, wie wir nachfolgend mit Zahlen belegen wollen.

In Frankreich sterben unter den 40—45 Jahre Alten: von 1000 Angehörigen der wohlhabenden Klassen 83, von 1000 Armen 183; mit andern Worten: es sterben in diesem Alter $2\frac{1}{2}$ mal so viel Arme als Reiche. — In Paris starb in den Jahren 1817—1836 durchschnittlich: in dem von Reichen bewohnten 2. Arrondissement (Stadtbezirk) einer auf 65, in dem von Armen bewohnten 12. Arrond. schon einer auf 15. — Josef Garnier berechnet, daß im Jahre 1857 in Manchester die mittlere Lebensdauer in den reichen Stadtvierteln 42 Jahre, in den armen dagegen nur 17 Jahre betrug. — Villermé machte vor 30 Jahren eine Aufstellung über die mittlere Lebensdauer der Kinder in Waisenhäusern: Darnach betrug dieselbe für die Arbeiterkinder $1\frac{1}{2}$ Jahr, für die Kinder der Arbeitgeber 46 Jahre (!) — Edwin Chadwick, der erste Beamte des Londoner Gesundheitsamtes, stellt für London die Sterblichkeit folgendermaßen fest: 113 von 1000 aus wohlhabenden Häusern, 380 von 1000 aus armen, 500 von 1000 aus sehr armen Häusern. Nach Aufzeichnungen des „North London Consumption Hospital“ verteilen sich die Todesfälle infolge tuberkulöser Krankheiten also: von 1000 Reichen 68, von 1000 Armen 230. Venouison du Chateauneuf hatte bereits einen Unterschied bei den Schwindlucht-Todesfällen festgestellt, welche sich in der schrecklichen Verhältniszahl von 1 zu 6 zu Ungunsten der Armen ausdrücken läßt; auf 1000 Reiche trafen nämlich 9, auf 1000 Arme aber 54 Schwindluchtige . . .

Diese herzerweichenden Zahlen könnten genügen, um zu beweisen, daß die Noth und die Hungerlöhne die Hauptursachen der angezeigten Todesfälle sind. Aber die neuerlich von Charles Ansell gesammelten statistischen Angaben sind noch weit beweiskräftiger. Der genannte Statistiker hat sich in seiner Stellung als Verwaltungsbeamter der nationalen Versicherungs-Gesellschaft seit längerer Zeit der mühevollen Arbeit unterzogen, genaue Angaben über die Lebensbedingungen von nicht weniger als 48,044 Kindern der besser gestellten Klassen Englands zu sammeln. Diese Kinder gehörten den Familien von Rechtsgelehrten, Geistlichen, Adligen, mit einem Wort, dem sogenannten „guten Stand“ (der Gentry) an. Diese Familienstatistik stellt nun fest, daß die Sterblichkeit im ersten Lebensjahre folgende ist: von 1000 Kindern von Reichen 80-85, von 1000 Kindern Armer 250-300, von 1000 Kindern von Armen anderer Städte 350-400. Im Alter von 1—5 Jahren findet Ansell folgende Sterblichkeit: 46-84 auf 1000 Kinder Reicher, 113-69 auf 1000 Kinder Armer.

In der Altersklasse von 20—40 Jahren ist das Verhältniß fast das gleiche: von 1000 Reichen starben 125-52, von 1000 Armen 144-17. Ebenso im Alter von 40—60 Jahren: 147,74 Reiche, 168,76 Arme. 1873 starben in England und Wales 368,179 Menschen unter 60 Jahren. Ansell berechnet nun aber, daß wenn die Sterblichkeit der ganzen Bevölkerung die gleich günstige wie die der oberen Klassen gewesen wäre, nur 226,040 gestorben wären. Demnach hat die Armut in einem einzigen Jahre allein in England nicht weniger als 142,130 Menschenleben vorzeitig vernichtet!

Auf Neu-Seeland erhöhte sich der Lohn um ein Bedeutendes, merkwürdigerweise ohne von einer entsprechenden Preissteigerung der Lebensmittel begleitet zu sein. Die Folge war, daß sich die Anzahl der Geburten schnell auf 41 von Tausend erhob und die der Todesfälle dagegen auf die unglücklich geringe Ziffer von $12\frac{1}{2}$, vom Tausend senkte. Hätte England infolge vernünftiger gesellschaftlicher Einrichtungen eine gleich niedrige Sterblichkeit, so würden in einem einzigen Jahr 230,000 Leben weniger der Vernichtung anheimfallen!

Dies die kurze, aber treue Zusammenfassung der interessanten Arbeit Dr. Drysdale's. —

Zur Vervollständigung seien hier noch einige von der „Egalité“ mitgetheilte Zahlen des Dr. Vertillon hinzugefügt. Demnach kommen in Frankreich jährlich 190,000 Menschen

leben durch das Elend um. Diese Zahl vertheilt sich folgendermaßen: 26,000 ältere Männer, welche physiologisch zu früh sterben; 60,000 Kinder, welche unter dem Einfluß des Elends vor Erreichung des 9. Jahres dem Tod verfallen; 60,000 Kinder, welche in den Fabriken und durch die kapitalistische Ausbeutung gemordet werden; 44,000 erwachsene Arbeiter, welche durch Unfälle bei der Arbeit, durch die Ungesundheit der Werkstätten, die Unzulänglichkeit der Nahrung, mit einem Wort, infolge der schlecht organisirten und ungenügend gelohnten Arbeit dahinsterven.

Diese Zahlen sind schrecklich, haarsträubend; und doch erreichen sie die Wahrheit noch bei Weitem nicht. Denn richtigerweise müssen auch noch andere durch die heutigen elenden Gesellschaftsbedingungen bedingten Ursachen der Lebensverkürzung: Kummer und Sorge um die Existenzmöglichkeit, politische und moralische Betrücker, Beförderung der Verbrechen, Kriege u. s. f., sowie der Umstand, daß in der heutigen wohnwichtigen „Ordnung“ eigentlich niemand oder doch nur eine winzige Minderzahl zur unbeschränkten Erhaltung ihrer Lebenskräfte kommt — die Armen nicht infolge ihres Elends, ihrer physischen und geistigen Vernachlässigung, die Reichen nicht infolge ihrer Schlemmerei, Ueberreizung und Unnatürlichkeit — mit in Betracht gezogen werden.

Aber lassen wir das; es genügt ohnedem schon. Denke nach, arbeitendes Volk! Deine Herren können diesen organisirten Massenmord nicht abtun; aber sie finden ihn rechtmäßig und unvermeidlich — zu ihrem Vortheil nämlich — und sie wollen die heutige Ausbeutergesellschaft, von welcher jener unzertrennlich ist, verewigen. Du, Volk, erhältst, nährst, kleidest Deine Beherrscher, bau'st ihnen Paläste und Burgen und Landhäuser, deckst ihre Tafeln mit den Leckereien aller Zonen, hältst sie in Sammt und Seide, bereitest ihnen Lust und Freuden ohne Zahl, machst sie zu irdischen Göttern — um den Preis Deiner Menschenrechte und Menschenwürde. Und zum Dank dafür morden sie Dich. Wie lange wirst Du das noch dulden?

Was thun?

Neue Folge.

V.

Nach dem Gesagten kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß in unserem Staate eine Verringerung der Produktion infolge mangelnden Exportes auf keinen Fall, vielmehr eher eine Vergrößerung der Ausfuhr und infolge dessen der Produktion eintreten wird. Damit fällt aber auch der weitere Einwand, daß im (kollektiven) sozialistischen Staat alle jene Industrien, welche Gegenstände der Behaglichkeit, des Wohllebens, des Luxus hervorbringen, infolge mangelnden Absatzes zu Grunde gehen und so eine große Anzahl von Arbeitern brodlos werden. Denn aus den oben angegebenen Gründen werden die Produkte dieser Art — natürlich soweit eine Geschmacksveränderung nicht eintritt, welcher die kollektive Produktion aber mindestens ebenso gut Genüge leisten kann, als die private — vom Ausland wie bisher fortbezogen werden. Ferner darf nicht vergessen werden, daß der inländische Konsum einer ganzen Reihe derartiger Erzeugnisse sich wesentlich steigern wird, da infolge der bedeutend verbesserten Lage des Volkes viele solche Produkte, welche bisher nur den Reichen zugänglich waren, in den allgemeinen Gebrauch übergehen werden. Sollte aber wirklich der eine oder andere Industriezweig, welcher außerordentliche Luxusgegenstände erzeugt, infolge eines Konsumstreiks der erbitterten ausländischen Reichen und völligen Absatzmangels im Innern aufhören, so wäre wenig Schade darum; die bisher in diesen Branchen beschäftigten Arbeiter gingen einfach zu einem andern Produktionszweig über, in dem sie ihre Arbeitskraft in für die Menschheit nützlicher Weise als bisher verwenden würden.

Soweit unser Staat als Exporteur. Was nun den Import betrifft, so kann die von unserem Staat einzunehmende Stellung keinen Augenblick verkannt werden, sobald man sich daran erinnert: daß er allein importirt und die Vertheilung der Einfuhr besorgt. Durch diese Thatsache werden für uns die beiden Formen des internationalen Verkehrs, um welche sich heute alle Welt auf's Hübste streitet, Schutz Zoll und Freihandel, vollkommen hinfällig. Eine private Einfuhr findet in unserm Staat überhaupt nicht statt, weder mit noch ohne Einfuhrzoll; für sich selbst aber braucht der Staat doch keinen Zoll aufzustellen. Der Verkehr zwischen unserm Staat und dem Ausland, resp. der sozialistischen und nichtsozialistischen Produktion, wird in weit einfacherer und unmittelbarer Weise reguliert. Die größte Gefahr für unsere Produktion besteht — neben der Konkurrenz billigerer ausländischer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt, wovon schon die Rede war — darin, daß das Ausland gewisse auch von uns erzeugte Produkte so billig herstellt, daß dieselben trotz des Transportaufschlages uns noch billiger zu stehen kommen, als die eigenen und dadurch unserer Produktion eine gefährliche Konkurrenz machen. In diesem Falle wird nun unser Staat zweierlei Mittel zu ergreifen haben. Entweder die Ursache, warum jene Produkte so billig geliefert werden können, ist eine dauernde, nicht durch Veränderungen in der Herstellungsart zu hebende, also an gewisse Lokalitäten, Naturschätze u. gebundene; in diesem Fall wird der Staat die unvortheilhaft gewordenen Produktion aufgeben und die bisher darauf verwendeten Kräfte anderweitig besser verwerten. Oder die Ursache ist eine vorübergehende, veränderliche, z. B. außerordentlich niedriger Lohn, (Skaven, Kulis); dann wird das betreffende Produkt entweder ganz vom Import ausgeschlossen oder, soweit es zugelassen wird, sein Verkaufspreis dem des einheimischen Produktes vollkommen gleichgestellt. In letzterem Falle wird, da unser Staat selbstverständlich keinerlei indirekte Besteuerung kennt, das einheimische Produkt allerdings im Preise sinken müssen, aber ein Verlust wird daraus doch nicht entstehen, da die Minderbezahlung des einheimischen Produktes durch die Ueberbezahlung des eingeführten ausgeglichen wird.

Unser Staat duldet nichts Fremdes, nach anderen als seinen Lebensbedingungen Existirendes in sich, denn er ist kein Haufe zusammenhangsloser, ihre Verbindung beliebig verändernder Kräfteatome, sondern ein lebendiger Organismus; was in ihn eingeht, muß sich seiner Materie assimiliren. —

Noch einer wirtschaftlichen Verbindung zwischen unserm Staat und dem Ausland ist zu gedenken, bei der es sich allerdings nicht um Forterhaltung, sondern um schnelle Lösung handelt. Diese Verbindung ist der Privateigenthum von Ausland. Wenn (Privaten und Staaten) in unserm Staat und

Es an Produktionsinstrumenten als an Pehkapital. Selbstverständlich ist dieser Besitz hinsichtlich seiner Beschränkung, bezw. Aufhebung ganz denselben Gesetzen unterworfen, wie der der Inländer. Und insofern diese ausländischen Privateigenthümer Bürger unseres Staates werden, werden auch in Betreff der ihnen zustehenden Entschädigungsrente ganz die gleichen Bestimmungen platzgreifen. Anders aber verhält es sich mit Jenen, welche Ausländer bleiben. Vor allem ist natürlich die Genusmittelrente außerhalb unseres Staates schon aus praktischen Gründen nicht anwendbar. Ferner ist aber ein andauerndes Schuldverhältniß unseres Staates zum Ausland überhaupt unzulässig, da jede wie immer gestaltete Zinszahlung eine Abhängigkeit, eine Knechtschaft ist. Aus beiden Gründen wird die Entschädigung dieser ausländischen Privateigenthümer, behufs sofortiger Befreiung ihrer Besitzrechte, eine einmalige und zwar in Geld — baar oder (ausländischen) Effekten — auszahlabare sein. Ob diese Entschädigung in der vollen Richtigkeit des Darzugesetzten, resp. des Besitzwerthes, besteht, oder nach welcher Maßgabe sonst dabei verfahren wird, dafür werden wohl konkrete Verhältnisse maßgebend sein, die sich jeder Vorausberechnung entziehen. —

Es bleibt mir noch übrig, Einiges über die allgemeinen Beziehungen des isolirten sozialistischen Staates zu den übrigen Staaten, oder vielmehr, da ein jeder von ihnen — wie Plato schon von den griechischen Staaten sagte — aus zwei Staaten besteht, dem der Reichen und dem der Armen, zu dem Volk einer- und den Privilegirten andererseits zu sagen. Daß unser sozialistisch organisirter Staat, der jedem seiner Bürger volle politische und soziale Gleichberechtigung und eine ökonomische Existenz sichert, welche in andern Staaten nur wenige bedruckte Proleten der Bevölkerung haben, — der seinen Angehörigen durch Befreiung der Knechtschaft und Ausbeutung in jeder Form erst die wirkliche Freiheit und damit die wahre Menschenwürde und Lebensfreudigkeit gibt, — daß dieser Staat auf alle zum Bewußtsein ihrer Lage gekommenen Völker eine immense Anziehungskraft ausüben wird; darüber wird unter Vernünftigen wohl keine Meinungsverschiedenheit herrschen.

Die erste am wenigsten bedeutende Folge dieser Attraktionskraft wird ein starker Zuweg ausländischer Arbeiter in unsern Staat sein. Der sozialistische Staat kennt keine Unterschiede der Nation oder Rasse — jeder Mensch hat in ihm gleiche Rechte, wie er gleiche Pflichten hat; unser Staat hat daher gegen die Einwanderung neuer Bürger prinzipiell selbstverständlich gar nichts einzunehmen. Und doch wird er gezwungen sein, dieselbe wesentlich zu beschränken. Nehmen wir an, es herrsche im Ausland oder einem Theil desselben ein Nothstand, — ja vielleicht bedarf es dessen gar nicht einmal und genügt schon die allgemeine Sehnsucht der ausländischen Arbeiter nach den Zuständen in unserm Staat, um eine massenhafte Einwanderung in letzteren zu veranlassen. Unter diesen Verhältnissen würde die Gefahr entstehen, daß schließlich in unserm Staat weit mehr Menschen vorhanden sind, als er ausreichend ernähren kann. Diese Gefahr abzuwenden ist demnach eine Existenzbedingung für unsern Staat. Neben der Erhaltung seiner Existenz wird durch die Beschränkung der Einwanderung aber noch ein anderer, ebenso wichtiger Zweck erreicht: es ist ein Sporn für die an der Einwanderung Gehinderten, die in unserm Staat gesuchten besseren Zustände in ihren eigenen Ländern einzuführen. —

Uegen den „Militarismus“.

In No. 14 des „Sozialdemokrat“ befindet sich ein Artikel, betitelt „Der Militarismus“, mit dessen Grundgedanken sich die Redaktion selbst nicht einverstanden erklärt hat und den auch die große Mehrzahl der Genossen nicht theilen dürfte.

Der Verfasser hat zunächst ungewisshast recht, wenn er sagt, daß die Soldatenwirtschaft nur der Ausfluß einer Politik ist, welche in der Herrschaft des Kapitals, in der ökonomischen Organisation der heutigen Gesellschaft, ihr wahres Wesen hat. Und auch die Konsequenz dieses Satzes ist gewiß richtig, daß nämlich der Druck der Militärbudgets ein wichtiger Teil im Verhältnis zu dem Elend, das die kapitalistische Wirtschaft erzeugt. Von diesem richtigen Standpunkt ist ja auch die deutsche Sozialdemokratie immer ausgegangen; der Kampf gegen den Militarismus, den die „Demokraten“ zu ihrer Hauptaufgabe machen, hat ihr ja immer erst in zweiter Linie gestanden. Und außerdem ist der Hauptgrund, aus dem die Sozialdemokratie den Militarismus bekämpft hat, eigentlich immer der Wunsch gewesen, mit dem stehenden Heere die härteste Waffe der Reaktion zu vernichten; die „ökonomischen Gründe“ gegen den Militarismus gingen nebenher, als ein freilich berechtigtes und der Wahrheit gemähes Agitationsmittel.

Soweit konnte man also mit dem Schreiber des betreffenden Artikels in No. 14 einverstanden sein. Wenn derselbe aber dann weiter behauptet, daß unter den obwaltenden Verhältnissen der Militarismus noch gewissermaßen eine Wohlthat für die Völker sei, und wenn er diese Behauptung damit begründet will, daß im Falle einer ganzen oder theilweisen Aufhebung der stehenden Heere die entlassenen Soldaten nur durch ihre Konkurrenz die Arbeitslöhne niedrücken, die Zahl der Arbeitslosen vermehren und dadurch das ganze Elend noch viel schlimmer machen würden, so muß man doch fragen: wenn dieser Fall wirklich eintrete, wäre denn das so schlimm für unsere Sache? Würde nicht dann die jetzt schon große Unzufriedenheit riesige Dimensionen annehmen, würden nicht hunderten Tausende von Proletariern endlich über ihre Lage aufgeklärt und in unsere Reihen getrieben werden? Ja, würde vielleicht nicht gerade im Handumdrehen ein plötzlicher Ansturm den wuchernden Bau des heutigen Staates in Trümmer werfen? Freilich könnte für kurze Zeit das Elend noch größer werden, aber wir wären doch wahrlich nicht schuld daran, und es bliebe doch immer wieder wahr: je größer das Elend in einem bereits revolutionär gewordenen Volke war, desto näher ist die Stunde der Erlösung.

Es könnte nach Abschaffung des Militarismus aber auch ein ganz anderer Fall eintreten, der nämlich, daß durch staatliche und private Thätigkeit ein industrieller Aufschwung eintrete und die entlassenen Soldaten binnen Kurzem untergebracht wären. Dieser Fall ist mir sogar wahrscheinlicher noch, als der vorher besprochene, aus Gründen, deren Erörterung hier zu weitläufig und auch zwecklos wäre. Dann würde zunächst großer Jubel im Lande herrschen, bis die Ueberproduktion u. wieder ihre guten Wirkungen gethan hätten und in einigen Jahren der schönste Krach wieder da wäre. Und dann wäre eben Alles beim Alten. Die wenigen guten Jahre könnten aber der Sozialdemokratie auch recht sein, denn bei besseren Geschäftsverhältnissen haben die Arbeiter mehr Verdienst, mehr freie Zeit und weniger Furcht vor Entlassung aus der Arbeit, da sie dann ja leicht wieder Stellung finden. Sie agitiren dann mehr und fruchtloser, sie haben mehr Zeit und Mittel, sich um politische und soziale Fragen zu kümmern, wie ja auch die Erfahrung gelehrt hat, daß die Sozialdemokratie in den guten Jahren nach dem Krache das härteste Wachsthum gehabt hat.

Sodann würde die notwendige Folge der Abschaffung der stehenden Heere die Freigebung der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechtes sein, da man ja keine Noth mehr hätte, diese zu unterdrücken. Gerade darum aber, weil die bestehenden „Autoritäten“ durch Verminderung oder Abschaffung des stehenden Heeres sich selbst den Todesstoß versetzen würden, werden für auch niemals gutwillig darauf eingehen und die ganze Thatsache ungenügend über diese Frage scheint somit ziemlich gegenstands-

los. Die Abschaffung des Militarismus auf gütlichen oder gerichtlichen Wege ist einfach unmöglich, sie kann und wird erst erfolgen durch die heranwachsende soziale Revolution.

Nicht desto weniger aber kann und muß auch unsere Seite der Kampf gegen den Militarismus als ganzes Agitationsmittel benutzt und fortgesetzt werden, und unsere Schatzkammer und das Ende vom Lied" hieß demnach, wie seither:

„Nieder mit dem Militarismus!“

Aus Schwaben, im April 1880.

K.

„Ausbreitungen“ der preussischen Polizei.

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Wotto: „Wahnen und sei Wahrheit.“
Kaiserlich Wilhelm IV., König von Preußen.

Woher kommt es wohl, daß in unserer Heimath keine Behörde dem Volke widerwärtiger erscheint, keine mehr Haß und Verachtung gegen sich erregt, als gerade die Polizei? Warum ist es sogar eine strafbare Injurie (nach einem Königsberger Richterspruch), einen Polizisten — einen Polizisten zu nennen? Warum ist bei jeder Polizeibewegung der erste Stein noch immer in die Fenster eines Polizeigebäudes geschleudert worden? — liegt es im Charakter oder auch nur im Interesse des Volkes, den berufenen Wächter seiner Person und seiner Habe zu hassen und zu verabscheuen, ihn womöglich zu mißhandeln?

Man wird uns einwenden, daß die von der Polizei im Interesse des Allgemeinens gehandhabte Ordnung eine rüchliche Strafe der Ausführung fordert, die ihr den Haß der Vielen zuecht, die sich solcher Ordnung nur mit Widerstreben fügen. Dies ist aber grundfalsch. Es bedarf nur eines Blickes auf England, um uns eines Besseren zu belehren. Warum gehört dort die Polizei zu den geschätztesten Behörden im Lande? Warum findet dort der unterste Konstabler, der dem Publikum durch seine Fiselhande, sein belluntes Schwert an der Seite imponirt, im dichtesten Volksgedrange achtungsvollen Gehorsam für seine Anordnungen, im Namen des Gesetzes? Warum lassen sich respectable englische Bürger freiwillig als Polizeimänner einschreiben, um sich der Polizei im Falle ihrer Unzulänglichkeit zur Verfügung zu stellen, während bei uns im ähnlichen Falle der bewaffnete Bürger die gefährdete öffentliche Ordnung nur dadurch herzustellen vermag, daß er die verhasste Polizei aus den Augen des Volkes verschwinden läßt? Woher dieser Unterschied zwischen zwei Nationen, auf deren germanische Stammverwandtschaft die Kulturgeschichte so oft hingewiesen?

Die Erklärung liegt auf der Hand, wie die Erscheinung selbst. Weil, wie drüben Verunreinigt ist, bei uns Unrein, was drüben Wohlthat, bei uns Plage geworden, weil drüben in England die Polizei dient und weil sie in Deutschland herrscht. Der aus unserem Säckel besoldete Wächter hat den ihm anvertrauten Spiel angelehrt. Er wacht nicht über das Volk, er überwacht es; er hat sich zu seinem Vormund aufgeworfen, zu seinem Tyrannen. Daß die öffentliche Meinung im Lande wenig Veranlassung hat, einer derartigen Polizei absonderlich hold zu sein, ist begreiflich.

Treten wir gleich für das in Bezug auf unsere Polizei Befragte den Beweis an. Wir werden nachstehend Thaten höherer, ja höchster preussischer Polizeibeamten aus der Geschichte der letzten 30 Jahre mittheilen, die nachdenklich vorkommen dürften, deren nachträgliche Wahrheit wir aber mit unserer Ehre verbürgen. Wer nicht begreifen kann, wie ein an und für sich untergeordneter Faktor des staatlichen Organismus, die Polizei, sich eine Macht aneignen konnte, die sie in Stand setzte, alle andern Funktionen des Staates lahm zu legen oder ihrem Zwecke zu unterwerfen, ja sich geradezu an die Stelle des Staates selbst zu setzen, — den laden wir ein, zunächst mit uns einen Blick auf den Ursprung unserer Tendenz- oder politischen Polizei zu werfen, und es wird ihm dann leicht sein, das Räthsel zu lösen.

Der in ein System geordnete deutsche Polizeistaat ist eine Errungenschaft des deutschen „Befreiungskrieges“, wie seiner Zeit der heilige Allianz-Krieg offiziell betitelt wurde. Um nicht mißverstanden zu werden: wir sprechen hier von dem Befreiungskriege vom Jahre 1813/15, wo den zu Valerien Napoleons herabgezunkenen oder auch stützigen Fürsten das Volk mit seinem Blute wieder zu ihren Thronen und Kronen verholfen hatte und „Mein Volk“ seinerseits sich zum Lohn gehorsamst und demüthigt in Ketten schlagen ließ. Die Wirkungen der französischen Revolution von 1789 für deutsche Unterthanenreue unschuldig zu machen, dazu genügte bis dahin vollkommen die Stadtpolizei der alten patriarchalischen Hausordnung und die Zensur. Der gedachte Befreiungskrieg jedoch hatte das deutsche Volk in eine politische Duerstellung zu seinen befreiten Fürsten gebracht. Man begreift: nichts erregt mehr den Argwohn, ja geradezu den Haß der Machthaber, als denen zu Dank verpflichtet zu sein, die zu beherrschen sie sich berufen fühlen. Die Roth der schweren Zeit hatte den befreiten deutschen Fürsten ihrem Volke gegenüber Versprechungen abgerungen, die zu halten sie niemals gesonnen gewesen; um so verdächtiger daher das Volk, vor Allem das Volk, welches aus dem Befreiungskriege als Volk zurückgetreten war. Die „Kandensäter“ waren restaurirt, allein es schien ihnen die zu „Unterthanen“ restaurirten Landesfürsten. Die heißen Stichworte der Erhebung: Freiheit, Vaterland, Sklavenjoch, Weigeknechtenschaft, heilige Volkrechte u. dgl. waren den befreiten Fürsten um so fataler geworden, als sie selbst es gewesen waren, welche dieselben in schonungsreichen Anrufen jährend in das Volk geschleudert hatten. Noch immer sang das Volk die Schlachtenlieder des Befreiungskrieges, von „Freiheit, die ich meine“, von „Gott, der Eisen wachsen ließ“, und keine Knacke wollte, das Krund'sche Lied vom deutschen Vaterlande u. dgl. Es schmückte sich mit den Farben und Symbolen eines einigen Deutschland, es härtete turnend am Rod den Körper zu männlichen Thaten, es schloß einen nicht zu löblichen Thätendrang und wußte nicht, auf wen und was es mit der nervigen Faust loszuschlagen sollte. Wohl war trotzdem nichts ferner von einer Revolution als die damalige Stimmung in Deutschland, die uns jetzt fast wie eine Art von erbobener Nartheit erscheint. Aber doch war etwas darin, was die befreiten deutschen Fürsten nicht mißverstehen konnten — nämlich das unverkennbare Gefühl, daß das Volk sich nicht befreit fühlte, wie es ihm im Ideal vorgeschwebt, und daß es nach viel überschüssige Kraft zu verwenden hatte. Der sieberhafte, unregelmäßige Aufschlag ließ besänftigen, daß das Volk aus dieser Krisis zu einer Nation gesehen konnte.

Wesentliche Symptome für den restaurirten Absolutismus! Die befreiten Fürsten riefen die Polizei zu Hilfe. Ganz Deutschland wurde wegen Verdachts demagogischer Umtriebe unter Polizeiaufsicht gestellt. Seitdem und erst seitdem haben wir eine in ein System geordnete politische oder Tendenz-Polizei, welche die Volksmacht erhebt, mit dem Volke nach Gutdunken zu schalten und zu walten. Ob sie es gethan hat und wie?

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Rundschau.

Deutschland.

Der arme Bismarck! Die armen, Schwachen „Nerven“ des Blut- und Eisen-Mannes! Sie haben jetzt erschrecklich viel zu leiden. Die famos Samoa-Vorlage endgiltig abgelehnt, La-bakmonopol und Einfluß von St. Pauli in den Zollverein vor ihrer Einbringung abfällig beurtheilt, der ganze Segen von Steuervorlagen in den Wartewinkel zurückgestellt, ein weiterer Sozialdemokrat in den Reichstag gewählt, dagegen der Oberoffizier und kanlerische Leitpreklatist gerichtlich zu Gefängnis verurtheilt — das ist zuviel für eine Woche. Und was das Nebenregende ist: der sonst so wohlbedachte, Bismarckgebene Reichstag, das eigenste Geschöpf und Werkzeug des Hercules unserer Zeit ist es vor allem, welches sich plötzlich in empörender Disziplinlosigkeit und schändem Unbarm gegen den Herrn und

Meister erhebt und ihm brennende Wunden schlägt. Wen kann es da Wunder nehmen, wenn es im Kanzler-Palast großt und weiterleuchtet und sich ein Unwetter zusammenbraut, dessen Entladung wohl kaum lange auf sich warten läßt?

In der That kam der Widerstand des sonst so unterwürfigen und unbedingt verlässigen Reichstages gänzlich unerwartet. Für die Samoa-Vorlage hatte sich der Reichskanzler persönlich eingesetzt; auf seine Initiative hin haben sich die Banquiers zur Begründung der neuen Sächs-Gesellschaft bereit gefunden und den Namen des Reichskanzlers unter den Prospekt, welcher zur Zeichnung der Aktien auffordert, setzen dürfen. So ist und bleibt die Ablehnung der Samoa-Vorlage eine ganz unmittelbare Niederlage des Kanzlers, die wohl noch manches Andere im Gefolge haben wird. Der des Widerstands ungewohnte Reichstag wurde seiner Redlichkeit vermuthlich erst hinterher recht bewußt; und da nun merkwürdiger Weise nicht sofort die Himmel herniederstürzten und unseren armen Planeten sammt dem darauf befindlichen unbotmäßigen Reichstag zerschmetterten, so wuchs dem letzteren plötzlich der Muth ganz enorm und ließ ihn das Wagstück noch weiterer Opposition, immer wachsender Opposition und zwar gerade in des Meisters Lieblingsfragen, unternehmen. Es ist recht bezeichnend für die Lage, daß bei der Verathung über die Interpellation bezüglich der Votstrennung eines Theiles von St. Pauli vom Hamburger Freihafengebiet ein Redner die Worte eines Hamburgers: daß Hamburg durch Napoleon I. Vobheit nicht so viel Schaden zugefügt worden sei, als durch Bismarcks gewalthätige Irrthümer, — wiederholen konnte, ohne durch irgend ein Zeichen nationaler Empörung unterbrochen zu werden. Der Nationalgott Bismarck mit dem erbfeindlichen Teufel Napoleon verglichen und noch dazu zu Ungunsten des ersteren — wahrlich, es ist weit gekommen in Bismarcks neuem Reich!

Was der Kanzler zu alledem sagt, kann man sich wohl denken, man erfährt es aber nicht, weil ja Bismarck den Reichstag seines Besuches nicht würdig hält. Wenn aber sein Leiborgan, die „Nordd. Allg. Zeitung“ seine Stimmung richtig wiedergibt, dann muß ihm des Reichstages neueste Haltung nicht minder unerwartet gekommen sein als aller Welt. Natürlich haben beide — wie der Herr so der Bediente und umgekehrt — nach Ueberwindung der ersten Sprachlosigkeit gewaltig zu polstern begonnen und reden dem Widerspenstigen prophig die Faust unter die Nase. Du Tölpel hast gar nichts darüber zu entscheiden, wie lange und was du berathen und wann du heimgehen willst; darüber hat allein der Meister zu befehlen und du hast zu gehorchen. So idn's dem Reichstag entgegen. Aber dieser scheint von einem so unbändigen Muthvoller und einem nicht geringeren Widerwillen gegen mandatsgefährdende Steuerbewilligungen besessen zu sein, und das Bedürfnis nach angenehmen Pfingstferien scheint ein so zwingendes zu sein, daß die Drohung nicht allzuviel Eindruck machte.

Auch außer dem Parlament wächst in bisher tabellos „reichstrauen“ Kreisen die Unzufriedenheit und der Widerpruchsgeist. Namentlich hat der Kanzler mit den Seestädten und besonders mit dem reichen Hamburg eine böse Kette angefaßt, die ihm noch gewaltig zu schaffen machen wird. Während es früher nirgends rückhaltlosere Bismarckbewunderer, Bismarckanbeter gab, als in den Hauptstädten, ist dort jetzt mit wenigen Ausnahmen alles feindlich gegen ihn gesinnt, und der Ausgang der Hamburger Wahl kann unbeschadet des glänzenden Sieges unserer Partei auch als eine Kriegserklärung an Bismarck aufgefaßt werden.

Wir sind nun weit entfernt, diesen inneren und außerparlamentarischen Anzeichen eine zu große Bedeutung beizulegen und von ihnen sofort zu Tage tretende erfreuliche Folgen zu erwarten; allein sie zeigen unzweideutig auf eine reißend um sich greifende Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die binnen kurzer Frist alle Kreise des deutschen Volkes ergriffen haben wird. Daß dieser immer höher steigenden Unzufriedenheit auf dem vernünftigen und wahrhaft politischen Weg der Aenderung der mißliebigen Regierung und zweckwidriger Einrichtungen abgeholfen wird, ist unter den deutschen Verhältnissen nicht zu erwarten. So werden sich denn die durch kein Sicherheitsventil entströmen fönnenden Gase so lange ansammeln, bis ein geringer Anstoß von außen oder innen die Explosion verursacht und der ganze glänzende Kessel in die Luft fliegt, Tod und Verderben über die kurzschichtigen Maschinen verbreitend. Daß die Unausbleiblichkeit dieser Entwicklung der Dinge auch außer der deutschen Sozialdemokratie begriffen wird, beweist außer schon früher mitgetheilten Stimmen neuerlich der Pariser „Reveil social“, welcher seinen Brief aus Deutschland mit den zutreffenden Worten schließt: „Auf dem parlamentarischen Weg ist kein Ausweg aus dieser Lage; nur eine soziale Revolution wird ihr ein Ende machen, und diese bereitet die sozialistische Partei langsam aber sicher vor!“

„Ich führe nicht Krieg mit den Todten“ sagte einst ein Tyrann alter Schule, Karl V., am Grab Luthers. Die heutigen Gwalttherrscher wissen nichts von solcher „sentimentaler“ Pietät. Als in Braunschweig am Tag nach dem Tod unseres Bracke eine Lebensbeschreibung des dahingegangenen Kämpfers erschien, wurde sie sofort verboten! Das Reich ist gerettet.

Von den Mannheimer Verhafteten sind Dreesbach, Koch, Mai und Otenthal wieder auf freien Fuß gesetzt. Hadenberger hofft man gegen Bürgschaft ebenfalls frei zu bekommen.

X. Breslau, 27. April. Eine an die Schandperiode der deutschen Rechtspflege während der Attentatsperiode erinnernde Beurtheilung wegen „Wahrschuldverleumdung“ erfolgte vergangene Woche darüber. Der Maler Broda, ein Berliner Ausgewiesener, hatte anfangs dieses Jahres wiederholt bei Parteigenossen um Unterstützung nachgesucht, welche ihm jedoch nicht gewährt werden konnte. In einer Anwandlung von Hroll darüber ließ sich Broda die ebenso gefinnungslos als anstandslosigen Drohworte entschlüpfen: wenn er kein Geld bekomme, werde er sich rächen, indem er ein Attentat begehe, um dadurch die unantastbare sozialdemokratische Partei zu schädigen. (!) Diese Worte löste ein Schutzmachermeister, der Anzeige machte, worauf der Staatsanwalt Klage erob. Man wird sich wohl fragen, auf Grund welcher Gesetzesbestimmung er das that: wegen Erpressung? oder wegen Bedrohung? O nein, wegen — Wahrschuldverleumdung! In diesem unerwarteten Resultat kam er durch folgende Schlussfolgerung: wenn der Angeklagte auch die Person, auf welche er das Attentat begehen wollte, nicht genannt, so könne doch offenbar niemand anderer gemeint sein, als der Kaiser! Und das Gericht schloß sich dieser Auffassung an, erklärte in dieser vagen Drohung eine Verleumdung des Reichsoberhauptes und verurtheilte Broda zu 3 Monaten Gefängnis (der Staatsanwalt hatte 9 beantragt). Solche Richterprüche eröffnen eine lächerliche Aussicht. Spricht einer ohne jede Verzeichnung „ich führe nicht Krieg mit den Todten“, so ist nach Ausspruch des Landge-

richts zu Ratisbr vom 18. August l. J. allemal der Kaiser damit gemeint. Droht einer in ganz vagen Ausdrücken mit einem Attentat, so kann er damit nach Spruch des Landgerichts Breslau vom 22. April ds. nur auf den Kaiser abzielen. Wenn das so fort geht, so kommen wir schließlich noch dahin, daß jede Dummheit, Schlichtheit, Gewalthat, bei welcher kein Name genannt worden, von übereifrigen Gerichten auf den Kaiser bezogen wird — eine sonderbare Auffassung des monarchischen Prinzipes, deren Verallgemeinerung zu wehren wir übrigens keine Ursache haben.

Oesterreich-Ungarn.

* Auch in Ungarn wird der Boden für die Sozialisten immer wärmer, wohl hauptsächlich eine Folge der Einigung der Partei, welche zu fürchten die Regierung alle Ursache hat. Nach der Unterdrückung der Preßburger „Wahrheit“ und der „Abschiebung“ ihres Redakteurs Grundstein ist die Regierung auch an die beiden Budapestener Parteiblätter „Arbeiter-Wochen-Chronik“ und „Nepszava“ gegangen. Dieselben dürfen nämlich nicht „politisch“, sondern nur „sozialpolitisch“ schreiben; der Staatsanwalt findet aber mit Leichtigkeit in jeder Nummer eine Ueberschreitung dieser Befugnis und bringt deswegen den Herausgeber, Gen. Jhrlinger, schon zum wiederholten Male zur Verurtheilung. Bezeichnend für den vorhandenen Verfolgungsgeist ist, daß er nach seiner letzten Verurtheilung zu 14 Tagen Arrest sofort verhaftet wurde. — Auch Gen. Hanslitschel von der „Wahrheit“ wurde zu 8 Tagen Gefängnis verurtheilt, wobei sich der Gerichtspräsident in der parteiischsten und underschwämtesten Weise benahm.

Belgien.

F. M. Lüttich, 29. April Die Reaktion fordert auch hier ihre Opfer. Nach dem Muster der famosen Gambettistichen „Republik“ hat auch die belgische Regierung dieser Tage einen deutschen Sozialisten, Gen. Koch (Schneider), aus dem „liberalen“ Belgien ausgewiesen. Man fürchtet, daß es dabei nicht bleibt, sondern daß Koch noch mehrere deutsche Genossen folgen werden. So werden wir von Land zu Land gehezt, nirgends will man uns Aufenthalt, Arbeit und Unterhalt gönnen; und dann wundert man sich noch, wenn wir, die Heimathlosen, die Vogelfreien, den Weg des „Geistes“, der für uns nur zur Grube führt, verlassen und unsern Unterdrückern Untergang und Rache schwören!

Frankreich.

* Die politische Bedeutung der Ausweisung der deutschen Sozialisten aus Paris, und die Haltung der französischen Presse gegenüber diesem Ereignis zwingen uns, noch einmal auf die Sache zurückzukommen. Unser längstes Urtheil über die Haltung der Presse, vor allem der radikalen und sozialistischen, können wir leider auch heute nur wenig und nur in Einzelne abändern. Der „Proletaire“ hat noch kein Wort der Mißbilligung gefunden und beschränkt sich gleich den meisten Blättern (soweit dieselben das Vorgehen der Regierung nicht gerechtfertigt finden und die deutschen Sozialisten verläumdern und beschimpfen) auf den Abdruck der von den Ausgewiesenen erlassenen Proteste und Warnungen. Die „Egalité“ hat allerdings in der Sache gesprochen; sie theilt die Thatfache der Ausweisung in trockenen Worten mit und fügt dann wörtlich hinzu: „Am gegen diese neueste Heldenthat der kapitalistischen und gouvernementalen Willkür zu protestiren und zugleich um den Familien der Opfer zu Hilfe zu kommen, hat die „Egalité“ eine Subskription eröffnet, deren erste Liste folgt. . .“ Es folgen dann Zeichnungen im Betrage von ca. 20 Franken. Ob mit diesen wenigen Zeilen zur Brandmarkung eines Gewaltstreiches, der selbst die deutsche Reaktion schänden würde, genug gethan ist, und ob insbesondere die notwendige Solidarität der Sozialisten aller Länder dadurch hinlänglich zum Ausdruck gebracht worden ist? Einen sonderbaren Kommentar zu dieser Haltung der Presse liefert die „Egalité“ in ihrer neuesten Nummer, indem sie schreibt: „Die (deutschen) Zeitungen aller Farben wundern sich, daß die französische Presse nicht iharträstiger gegen die Ausweisung der deutschen Sozialisten aufgetreten ist; mehrere Blätter schreiben diese Haltung der Nationalität der Ausgewiesenen zu und behaupten, daß die Protestationen nicht gefehlt hätten, wenn es sich um Bürger eines anderen Landes gehandelt hätte. Die Sprache der deutschen Presse zeigt, daß die französische Regierung, weit entfernt, sich der deutschen Regierung angenehm zu machen, nichts als einen diplomatischen Pudel geschossen hat: es giebt keine Ungeschicklichkeit mehr zu begehen.“ Die Erfolglosigkeit wird also gegetelt, die Thatfache an sich ohne weitere Verurtheilung hingekonmen! — Es ist ein recht verstimmendes Bild, das sich uns hier bietet und das wir im Dienste der Wahrheit und der Sache des internationalen Sozialismus nicht mit Schweigen übergehen dürfen, daß wir aber im Interesse derselben Sache so schnell und so gut als möglich begraben und vergessen wollen.

Konnten wir so unser abfälliges Urtheil im allgemeinen leider nicht zurücknehmen, so dürfen wir andererseits auch einzelne erfreuliche Ausnahmen von der allgemeinen Haltung nicht mit Schweigen übergehen. Wir hatten in Nr. 17 auch den „Reveil social“ unter den sich ausschweigenden radikalen Blättern genannt. In seiner Nr. 25 beklagt er sich darüber, indem er an uns die Aufforderung richtet: „Wäge unser sehr sympathischer Kollege auf die Nummern unserer Zeitung von der vorigen Woche zurückgehen und er wird sich mit Leichtigkeit davon überzeugen können, daß wir energisch gegen die willkürlichen Maßregeln protestirt und unsere Spalten den Protesten der ausgewiesenen Bürger geöffnet haben.“ Wir sind der Aufforderung unseres geschätzten Kollegen sofort nachgekommen und haben zwar die Proteste der Ausgewiesenen, nicht aber den gedachten Protest der Redaktion gefunden. In dessen Zweifel wir angesichts der obigen Mittheilung keinen Augenblick an dem Vorhandensein des letzteren; er wird uns wohl in der Menge des Lesematerials entgangen sein. Auf alle Fälle ist schon in der obigen Mittheilung eine unzweideutige Verurtheilung der schändlichen Handlungsweise der Regierung enthalten, die wir mit Vergnügen verzeichnen. — Sodann ist noch anerkennend zu gedenken der entschiedenen Stellungnahme des „Mot d'Ordre“, welcher das richtige Wort gefunden hat, indem er die Ausweisung als eine Schmach für Frankreich bezeichnete, wofür es natürlich von „Gaulois“, „France“ und ähnlichen Organen bisig angegriffen wurde.

Eine Menge „republikanischer“ Blätter billigten dagegen die Handlungsweise der Regierung ganz offen und ohne Umschweife,

